

Kirchenpolitik am Beispiel der Religiös-sozialen Fraktion der Zürcher Synode

Autor(en): **Baer, François G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **90 (1996)**

Heft 12: **90 Jahre religiös-soziale Bewegung - 90 Jahre Neue Wege**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kirchenpolitik am Beispiel der Religiös-sozialen Fraktion der Zürcher Synode

Eine wichtige Ausprägung des Religiösen Sozialismus sind die Religiös-sozialen Fraktionen in den reformierten Synoden, wie die Kirchenparlamente mit öffentlichrechtlichem Status heissen. Im folgenden berichtet ein Mitglied der Religiös-sozialen Fraktion der Synode des Kantons Zürich über seine Erfahrungen im Zusammenhang mit Kirche und Politik. Die Fraktion wurde 1911 als «Vereinigung sozialistischer Synodalen» in Zürich gegründet. Sie besteht heute aus 53 Mitgliedern, davon 19 Frauen und 11 Pfarrer oder Pfarrerrinnen. Als zweitgrösste Fraktion im Zürcher Kirchenparlament stellen die Religiös-Sozialen zur Zeit den Synodenpräsidenten sowie den Präsidenten des Kirchenrates, der von der Synode gewählten obersten Kirchenleitung. Stärkste Fraktion mit über 70 Mitgliedern ist der aus dem Pietismus hervorgegangene Synodalverein. Daneben gibt es in der Zürcher Synode eine liberal orientierte und seit fünf Jahren auch eine evangelikale Fraktion. Der Autor dieses Berichts, François G. Baer, ist von Beruf Visueller Gestalter und seit siebzehn Jahren Mitglied der Synode und der Religiös-sozialen Fraktion. Red.

«Das kirchliche Leben nicht dem Spätbürgertum überlassen»

Im Januar 1987 feierte die Religiös-soziale Fraktion der Kirchensynode des Kantons Zürich ihr 75jähriges Bestehen. Der Basler Professor *Markus Mattmüller* hielt aus diesem Anlass einen Festvortrag zum Thema «Sollen Religiös-Soziale Kirchenpolitik machen – und wie?» Er schloss seine Gedanken zur Notwendigkeit einer religiös-sozialen Kirchenpolitik mit den Sätzen: «Wir dürfen das kirchliche Leben nicht dem Spätbürgertum überlassen; Jesus und die Propheten sind auch keine Bourgeois gewesen. Also: in der Kirche bleiben, nicht resignieren, sondern fröhlich und hoffnungsvoll eine möglichst vorurteilslose, am Evangelium vom Reich Gottes orientierte Kirchenpolitik machen, so dass gerade die Zöllner und die Sünder und die Unzufriedenen sich bei uns wohl fühlen.»¹

Am 28. November 1996 sind 85 Jahre seit der Gründung der «Vereinigung sozialistischer Synodalen» im «Beatenhof» in Zürich vergangen, gewiss keine jubiläumswürdige Zahl. 1996 ist auch sonst kein

kirchenpolitisch bedeutsames Jahr. Und dennoch: Die Welt veränderte sich in den letzten Jahren so stark, dass es sich lohnt, die Fragen des Jubiläumjahres mit den heutigen zu vergleichen und damit auch spotlichtartig einige *Probleme der Gesamtkirche* zu beleuchten.

Im weiten Kontext der Ökumene

Vor zehn Jahren hiessen die grossen kirchenpolitischen Themen: Südafrika, Drogen, Evangelisches Tagungs- und Studienzentrum Boldern, Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) und Pfarrgehälter. In der Mehrzahl waren es Fragen, die in den weiten Kontext der Ökumene fielen. Bei der alljährlichen Verabschiedung des Budgets stand vor allem die Frage zur Debatte, ob und mit welchem Betrag sich die Zürcher Landeskirche am Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen für *Südafrika* beteiligen sollte. Es entwickelte sich daraus eine Diskussion über den Rassismus, die Arbeit der Kirchen in Afrika, aber auch über die verschiedenen Gesichter des Pro-

testantismus in der Begegnung mit anderen Kulturen. Die Südafrika-Frage gehörte damals zwar zu den klassischen Links-Rechts-Themen; dennoch liess sich die Synode nicht von rechten Schlagworten beirren und stimmte jeweils unseren Anträgen für die Beibehaltung oder Erhöhung des Beitrags an das Antirassismusprogramm zu.

Ähnlich verhielt es sich bei der *Drogenfrage*. Sollte sich die Landeskirche in dieses aktuelle und akute Gesellschaftsproblem, das eh' nur ein (Gross-)Städtisches zu sein schien, konkret, mit mehr als nur gescheiterten Worten, einmischen? Sollte sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gassenarbeit freistellen, die Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (ZAGIP) mit finanziellen Mitteln unterstützen und auf diese Weise das Startkapital für eine breit vernetzte, kantonale Drogenpolitik aufbringen? Im Rückblick lässt sich das Engagement der Fraktion und des – in dieser Frage ungewöhnlich geschlossenen – Kirchenrates als notwendige, aus heutiger Sicht aber auch selbstverständliche Haltung der Gesamtkirche verstehen. Es war wohl eines der Puzzleteile, die zum *positiven Gesamtbild der Kirche* und damit zur erfreulich verlaufenen Abstimmung über die Trennung von Kirche und Staat 1995 beitrugen.

Wenn Südafrika und die Drogenfrage heute abgehakte Themen sind, so bleiben uns «Boldern» und das HEKS als Steine des (notwendigen) Anstosses glücklicherweise erhalten. Auch unser Postulat zur Überprüfung der *Pfarrgehälter*, das vor allem eine Umstrukturierung des Lohngefülles und eine verbesserte Transparenz fordert, behält seine Aktualität, allerdings unter veränderten Vorzeichen, bedingt durch die heutige Wirtschaftslage.

Neue Fragestellungen

Die Trennungsiniziativa hatte zur Folge, dass sich in der jetzigen Amtszeit die Zusammenarbeit zwischen den drei grossen Fraktionen verbesserte. *Reformvorhaben* wie die staatliche Anerkennung

weiterer Kirchen und Religionsgemeinschaften, das Ausländerstimmrecht in der Kirche oder eine neue Zweckbestimmung der Kirchensteuer von juristischen Personen konnten mit einem neuen Selbstverständnis und mit viel Sachlichkeit angegangen werden.

Die Frage, wie sich die Zürcher Landeskirche zur *Homosexualität* stellen soll, fordert vor allem auch jene religiös-sozialen Synodalinnen und Synodalen heraus, die als Pfarrerinnen oder Pfarrer tätig sind. Es gilt, mit Engagement und Respekt für eine Minderheit einzutreten und den biblizistisch argumentierenden Ratsmitgliedern sachliche, theologisch fundierte Überlegungen entgegenzuhalten. Eine Arbeitsgruppe unserer Fraktion begleitet die verschiedenen Initiativen zu dieser Frage und verlangt mit einem Postulat die Erarbeitung von Richtlinien zur Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Gottesdienst.

Arbeitslosigkeit und Neue Armut sind die grossen gesellschaftspolitischen Themen, die uns herausfordern. Die *Arbeitslosigkeit* betrifft zunächst die Kirche in ihrem ureigensten Feld als Arbeitgeberin. Das führt zur ganz konkreten Frage, wie im gesamtkirchlichen Bereich, aber auch in den einzelnen Kirchgemeinden und Pfarrhäusern mehr Teilzeitstellen auf allen Ebenen realisiert werden können. Und was für Auswirkungen hätte die Einrichtung einer *Sozialzeit* für kirchliche Angestellte bei den Löhnen oder Sozialleistungen, z.B. der AHV?

Um zur gesamtgesellschaftlichen Frage der *Neuen Armut* mehr als nur deklamatorische Erregung beizusteuern, befasst sich eine Arbeitsgruppe unserer Fraktion mit verschiedenen Aspekten und Strategien. Das heisst vor allem einmal: Probleme sichten, Zusammenhänge aufzeigen, Zusammenarbeit finden und fördern, z.B. zwischen Fürsorgestellen und kirchlichen Institutionen, etwa auch bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte usw. Immer aber gilt es, sich mit einem langen Schnauf auf einen langen Weg zu machen.

Kirchliche Bildungsarbeit

Die neue soziale Wirklichkeit hat, wie sollte es anders sein, Konsequenzen für das Evangelische Tagungs- und Studienzentrum *Boldern*. Anfangs Jahr gelangte eine Mehrzahl der Fraktionsmitglieder mit einer Interpellation zu «Boldern» an den Kirchenrat. Anlass war unsere Sorge, dass «der jetzige Vorstand des Boldernvereins, allen Beteuerungen zum Trotz, aus Boldern ein sogenanntes Seminarhotel machen» wolle, womit die Zukunft des Tagungs- und Studienzentrums nicht mehr klar sei. Weiter heisst es im Interpellationstext: «Als UnterzeichnerInnen der vorliegenden Interpellation sind wir einer kirchlichen Bildungsarbeit verpflichtet, die Menschen aller sozialen Schichten und Bildungsniveaus erreicht und die Lebens- und Glaubensfragen so angeht, dass sie sowohl den persönlichen Lebensbereich als auch den gesellschaftlichen und kirchlichen kritisch und zukunftsorientiert angeht.» Die betroffene Antwort des Kirchenrates und das engagierte Eintreten der Interpellantinnen und Interpellanten an der Boldern-Mitgliederversammlung führten zur Neukonstituierung des Boldernvorstandes und zur Wahl eines neuen Präsidenten in der Person unseres Mitsynodalen Pfr. Theo Bächtold.

Wie Boldern zur Aufgabe hat, die Ökumene, den Dialog und die Weltoffenheit im eigenen, engeren Kreis darzustellen, so gilt es auch in den *zürcherischen Kirchengemeinden* dafür zu sorgen, dass sich ihre Tendenz zur Nabelschau nicht weiter ausbreitet, sondern dass sie der Solidarität mit der weltweiten Kirche wieder eine Plattform verschaffen. So dürften die geringeren Mit-

tel und die Sorgen um die eigenen Kirchenglieder nicht dazu führen, dass Fragen wie Einheit der Kirchen, entwicklungspolitische Initiativen der kirchlichen Hilfswerke oder Programme zur Bekämpfung der Gewalt ausgeklammert werden. Gerade jetzt ist es wichtig, dass «in der Kirche» über *Gerechtigkeit und Weltwirtschaft*, über *Mission und Kultur* und über die *Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche* diskutiert wird.

Wenn ich mich an die gefasste Stimmung vor zehn Jahren zurückbesinne und sie mit dem «fröhlichen und hoffnungsvollen» Einsatz in dieser Legislaturperiode vergleiche, so stelle ich fest, dass die Religiös-Sozialen im Zürcher Kirchenparlament entschlossener denn je an der Arbeit sind und die Kirche weder dem Spätbürgertum noch den fundamentalistischen Kreisen überlassen wollen. «Ist es wahr, dass wir als Einzelne nichts ausrichten können?» fragte *Ragaz* 1917 in den Neuen Wegen und gab zur Antwort: «Die grössten Dinge werden durch einzelne Menschen getan – nicht durch Organisationen, Kommissionen, Cliques, Gevatterschaften, sondern durch Menschen, die ihrer Seele gehorchen und es mit Gott wagen, durch grosse, kleine und kleinste Menschen.»² Diese Worte sind uns noch immer Ansporn und Verpflichtung.

1 In: 75 Jahre Religiös-soziale Fraktion der Kirchensynode des Kantons Zürich, S. 33ff. Exemplare dieser Jubiläumsschrift sind noch erhältlich beim Fraktionspräsidenten: Willy Bütikofer, Dorfstrasse 74, 8152 Opfikon.

² Was der Einzelne kann, in: Leonhard Ragaz, *Eingriffe ins Zeitgeschehen*, hg. von Ruedi Brassel und Willy Spieler, Luzern 1995, S. 38f.

Wo die Kirche versucht, sich in ihrer Mission auf die spirituelle Ebene zu beschränken und sich nicht einzumischen in politische und wirtschaftliche Fragen, verliert sie ihre prophetische Stimme und wird zur Dienerin derer, die die Nichteinmischung zum obersten Prinzip erhoben haben, um bei der Verwirklichung ihrer Ideen nicht gestört zu werden, also eine neoliberale Kirche, die alles dem «natürlichen» Lauf der Dinge überlässt. Gott bewahre!

(Stefan Lackner im Jahrbuch 1996 des Ev.-Luth. Missionswerkes in Niedersachsen)